

# Politische Partizipation und Sozialisation unter Mediatisierungsbedingungen

Dagmar Hoffmann

*Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Politische Sozialisation in Bewegung?!«*

## Einleitung

Ich möchte meinen kurzen Beitrag mit einem Zitat der tunesischen Sprachwissenschaftlerin und Aktivistin Lina Ben Mhenni aus ihrem Essay „Vernetzt euch!“ aus dem Jahr 2011 beginnen, in dem sie die Ereignisse des Arabischen Frühlings reflektiert: „Das Netz eignet sich hervorragend für eine direkte, bürgernahe Demokratie“ (S. 39). Sie formuliert stellvertretend für die junge Generation:

„Wir wollen eine herrschaftsfreie Welt, in der sich alle am Entscheidungsprozess beteiligen können, in der jeder die Gesellschaft mitgestalten darf. [...] Das Netz ist so mächtig, weil es unmittelbar reagieren und unbegrenzt viele Menschen miteinander verbinden kann. Sobald jemand eine Idee, eine Information ins Netz speist, wird sie umgehend empfangen. Andere Internauten können sich gleich anschließen, den Informanten unterstützen, der sich gegen ein Unrecht wehrt. Das Netz ist wie geschaffen, um Solidarität zu üben.“ (Mhenni 2011, S. 38)

Gerade in sozial- und politikwissenschaftlichen Kreisen sind allerdings bis heute die Annahmen hinsichtlich des demokratischen Leistungsvermögens des Netzes und einer egalitären Teilhabe ihrer Nutzer\*innen umstritten. Viel diskutiert wurde das emanzipatorische Potenzial des Netzes an sich, wurden auch digitale Erzählpraktiken auf ihr Empowerment und ihre Wirkmächtigkeit, ihre Mobilisierungskraft und transnationalen Vernetzungsmöglichkeiten hin untersucht (vgl. u.a. von Schachtner 2016, Banaji und Buckingham 2013). Zugleich erfuhr die These des Demokratisierungspotenzials des Netzes aber scharfe Kritik (im Überblick z.B. Meyer 2019), wurde als Wunschdenken, Utopie abgetan, für die es kaum empirische Evidenzen gibt.

Festgestellt werden kann aber, dass *erstens* sich die Vorstellungen und Formen politischer Partizipation, von bürgerschaftlichem Engagement und von Protestpraktiken durch die Digitalisierung von Kommunikationsangeboten und Infrastrukturen gewandelt und in jedem Fall erweitert haben. Dass sich *zweitens* die politische Öffentlichkeit durch eine Fragmentierung und Multiplizierung ihrer Diskursräume (u.a. Ritzi 2019) unübersichtlicher gestaltet. Und dass sich *drittens* Informationen und Meinungen in rasantem Tempo verbreiten, dass sie diskutiert und kritisiert, verworfen oder auch entkontextualisiert werden (können). In Folge wird es für einzelne Bürger\*innen schwieriger, sich zu orientieren und zu bestimmten politischen Konflikten zu positionieren, denn je mehr Sprecher\*innenpositionen existieren, desto mehr Widersprüche und Ambivalenzen tun sich auf. Zu fragen ist vor diesem Hintergrund, was

diese strukturellen Gegebenheiten und medienkulturellen Bedingungen nun für die politische Partizipation und Sozialisation bedeuten. Der folgende Beitrag geht im Wesentlichen zwei Fragen nach: 1. Welche individuelle und kollektive Bedeutung und Funktion haben digitale Partizipationsformen im Sinne eines „doing politics“ und wie haben sie sich ausdifferenziert? 2. Inwieweit können „neuartige“ Partizipationsformen zur Konstruktion einer politischen Identität beitragen und von Sozialisationsrelevanz sein?

## 1. Individuelle und kollektive Bedeutung sowie Funktionen digitaler Partizipationsformen

Es gilt zunächst festzuhalten, dass die Infrastrukturen des Netzes wesentlich dafür sind, welche Möglichkeitsräume bestimmte Partizipationsformen konfigurieren. Infrastrukturen können Blogs, Soziale Medien, Bild- und Videoportale, Apps und zugehörige digitale Medienpraktiken sein, die Themenöffentlichkeiten (*issue publics*) generieren. Netzöffentlichkeiten sind schon längst nicht mehr als komplementäre Sozialisationsräume zu betrachten, sondern als Kontexte, die ebenso wie Interaktionen in anderen Räumen wechselseitigen Aushandlungsprozessen und der Wirklichkeitskonstruktion dienen, aber in denen sich auch wiederum Machtverhältnisse abbilden und sich die Reproduktion von Ungleichheiten zeigt (vgl. u.a. Kutscher 2021).

Die kommunikativen Praktiken der so genannten „Netizens“ (Hauben & Hauben 1997) sind vielschichtig. Sie gelten mit Nick Couldry (2004) als per se soziale Praktiken, die als politisch zu begreifen sind, wenn sie sich auf öffentliche Belange beziehen und gemeinwohlorientiert ausgerichtet sind. Dabei wird mit W. Lance Bennett und Alexandra Segerberg (2012, S. 748) zu fragen sein, inwiefern sie als „collective“ oder eher als „connective actions“ zu verstehen sind, inwiefern niedrig- oder höherschwellig (in Bezug auf das Investment, auf die Ressourcenorientierung) mit welchem Effekt agiert wird.

Politische Partizipation korrespondiert mit dem eigenen Selbstverständnis, d.h. mit der Frage, ob und inwieweit man sich als „good citizen“ begreift. Diese Zuschreibung ist im deutschsprachigen Raum kaum zu finden, aber die damit verbundene Zielsetzung einer demokratischen Erziehung („civic education“) offenkundig, die vor allem im Kindes- und Jugendalter in Familie und Schule erfolgt (vgl. u.a. Rippl et al. 2022; Eckstein und Noack 2018). Der Terminus des guten, besser: mündigen Bürgers ist normativ konnotiert, wobei Joel Westheimer und Joseph Kahne (2004) eine für die Forschung durchaus zweckmäßige Kategorisierung von Citizens vorgenommen haben. Die Autoren unterscheiden Citizens je nach ihrem Einstellungs- und Handlungsspektrum, das grundsätzlich gemeinwohlorientiert ist, aber das unterschiedliche Engagementformen aufweist:

- (1) *Personally Responsible Citizen*. Dieser Typus ist in seinem politischen Handeln mehr auf sich selbst bezogen. Er unterwirft sich den sozialen Regeln und Normenvorgaben, ist anpassungsfähig (Bsp.: Man betreibt Recycling, weil es erwünscht ist), aber zeigt vergleichsweise eine eher geringe (offensive) Partizipationsbereitschaft.
- (2) *Participatory Citizen*. Er oder sie ist aktives Mitglied einer Gemeinschaft, weiß, wie Regierungssysteme funktionieren, ist an gemeinschaftlichen Lösungen von Konflikten interessiert und engagiert sich entsprechend.
- (3) *Justice-oriented Citizen*. Menschen, die dieser Kategorie zugeordnet werden, beschäftigen sich mit Fragen sozialer Gerechtigkeit. Sie sind mit sozialen Bewegungen vertraut und wissen, wie systemische Veränderungen erwirkt werden können und sind auch stets darum bemüht.

Wofür an dieser Stelle sensibilisiert werden soll, sind die Pole zwischen pflichtbewusstem (*duty*) und einem politischen Handeln, das auf Selbstverwirklichung (*self-actualizing*) abzielt und eine größere

Selbstwirksamkeit voraussetzt. In welchen Umgebungen Menschen politisch kommunizieren, sich aktiv einbringen, zivilgesellschaftlich engagieren und mitunter zu Protestaktionen aufrufen und mobilisieren, hängt von vielen Faktoren ab (vgl. Neidhardt und Rucht 1993): u.a. der individuellen und kollektiven Deprivation, Solidarisierungspotenzialen und Gelegenheitsstrukturen. Ebenfalls machen Menschen ihr jeweiliges politisches Engagement von den Erfolgsaussichten abhängig. Protestpraktiken finden auf der Straße, symbolischen respektive gefährdeten oder zu schützenden Orten sowie in digitalen Mediumumgebungen statt. Die medialen und mediatisierten Umgebungen verweisen einerseits aufeinander, hybridisieren sich. Im Sinne einer Diskursarena erlauben sie – wie von Mhenni (2011) beschrieben – theoretisch Verständigung, andererseits aber fungieren sie als hochdynamische Konfliktarenen, in denen konträre Meinungen, Ideologien und Personengruppen aufeinandertreffen, in denen sich einzelne Menschen ebenso wie Kollektive themen- und anlassbezogen zu „Neogemeinschaften“ (Reckwitz 2017) zusammenfinden und/oder auch radikalieren (vgl. u.a. Nassehi 2020). Hybridisierung meint ebenfalls, dass sich analoge und digitale Sphären verbinden und gegebenenfalls überlagern, so das neue kommunikative Figurationen entstehen, die emergente (sich neu entwickelnde) Eigenschaften besitzen. Man denke etwa an Blogs, Hashtag Publics (Rambukkana 2015), Facebook-, WhatsApp-Gruppen oder Telegram Channels. Diskursräume konstituieren sich über Praktiken etwa des Bloggens und des Hashtaggings. Über Soziale Medien und Messenger-Dienste lässt sich prinzipiell niedrigschwellig kommunizieren. Die Infrastrukturen werden entsprechend von Aktivist\*innen nicht nur für den primären und/oder komplementären Austausch, zur Diskurspflege, Vernetzung sowie Mobilisierung, sondern auch ganz wesentlich für symbolische Aktionen, zur Initiierung sowie Dokumentation von Protestaktivitäten (u.a. Dang-Anh et al. 2022), als Aufmerksamkeitsvehikel und nicht zuletzt zur Identitätsstiftung genutzt (u.a. Tsenekidou 2022).

*Ein Beispiel:* So postete Louisa Dellert am 23.9.2022 ein Foto auf ihrem Instagram-Account, wo man sie zusammen mit der Klimaaktivistin Luisa Neubauer beim globalen Klimastreik in Berlin sieht. Beide halten ein Pappschild vor sich in den Händen. Die Aufschrift von Neubauers Schild lautet „Climate justice social justice“ sowie von Dellert „hört endlich auf wissenschaftliche Erkenntnisse“. Die Accountinhaberin Dellert startete 2013 als Fitnessinfluencerin auf Instagram und greift nunmehr Themen wie Ernährung, Nachhaltigkeit und Feminismus auf. Ihr Profil zählt 458 000 Follower:innen [Stand September 2022]. Das Foto der beiden ist absichtsvoll erstellt worden, demonstriert, dass sie vernetzt sind, für eine wichtige Sache kämpfen, an einem Strang ziehen. Es dokumentiert den kollektiven Widerstand gegen die globale Klimapolitik. Das Bild wäre für sich genommen, d.h. ohne zusätzlichen Text, verständlich. Doch mit dem im beigefügten kurzen Text („Das tat gut. Das macht Mut.“) und dem Hashtag #klimastreik2022 wird es theoretisch nicht nur schnell gefunden, sondern selbst Teil einer Kampagne und digitalen Protestöffentlichkeit.

Wie ausdifferenziert digitale Partizipationsformen sind und welches Aktivitätspotenzial sie jeweils erfordern, veranschaulicht die folgende Abbildung (Abb. 1.), die Untersuchungen von Sigrid Baringhorst (2014) zu den Consumer Citizens und Anna Soßdorf (2016) zum politischen Engagement Jugendlicher zu synthetisieren versucht.

Blickt man auf die verschiedenen von Baringhorst (2014) identifizierten Partizipationsformen, so lassen sich diese mit Soßdorfs Beschreibungen von politischer Beteiligung verbinden. Deutlich wird die Unterscheidung nach aktiver und rezeptiver Beteiligung. Die Pyramide soll veranschaulichen, dass Partizipationsformen, die einen höheren Ressourcenaufwand benötigen, mit viel Eigeninitiative und Kreativität verbunden sind, weniger häufig im Netz anzutreffen sind. Soßdorf (2016, S. 174) bezeichnet diese ressourcenaufwendigen Praktiken als *initiierende/produzierende* Partizipationsformen, die einen stärkeren Aktionsmodus voraussetzen. Akteure stoßen konstruktiv Aktivitäten an und nehmen direkt Einfluss auf andere. *Teilnehmende/interagierende* Partizipationsformen fokussieren auf den politischen Austausch mit anderen und das Vertreten eigener Positionen nach außen. Unter *informierende/konsumie-*

rende Partizipationsformen fasst Soßdorf (ebd.) Aktivitäten, die sich auf die Aneignung von Informationen konzentrieren und auch einen politisch motivierten Konsum, wobei dies individuelle Praktiken der Nutzer:innen betrifft. Baringhorst (2014) führt zudem Online-Spenden an, die ein mittleres Aktivitätsniveau aufweisen. Netzbasierende Handlungen eines politisch aufgeladenen Konsums wie sozial-ökologische Boykott- und Buykottaktionen erfordern insofern Ressourcen, als sie mit diskursiven Beiträgen in Form von (Re-)Postings einhergehen und Kritik an Institutionen wie z.B. Unternehmen geübt wird. Protestbotschaften weiterleiten und als Produzer:in zur/m Botschafter:in einer guten Sache werden, proaktiv zu netzwerken, ist eine Handlung, die deutlich über Klicktivismus hinausgeht: Als Klicktivismus gelten Likes und Shares aber auch das „En-passant-Unterzeichnen“ von Onlinepetitionen.

Aktivitätsgrad	Partizipationsformen im Netz	
	Baringhorst (2014)	Soßdorf (2016)
Ressourcenaufwand ↑ hoch ↓ niedrig	kreatives Prodsage	initiierend/produzierend
	weiterleiten und netzwerken	
	Spenden u. politisch konsumieren	teilnehmend/interagierend
	Clicktivismus/Petitionen unterschreiben	
	zuschauen, lesen, zuhören	informierend/konsumierend

**Abb. 1: Digitale Partizipationsformen nach Baringhorst (2014) und Soßdorf (2016).**

Eigene Darstellung

Ausgehend von den beiden hier angeführten Studien und den vorgenommenen Kategorisierungen und Bewertungen von Partizipation wären nunmehr weitere politische Beteiligungsformen ergänzend hier zu skizzieren: das Hashtagging, Memefizierungen und das Kommentieren von Beiträgen in Sozialen Netzwerken sowie das (politische) Social-Media-Influencing auf Bild- und Videoportalen.

*Hashtagging.* Das Kreieren und die Verwendung von Hashtags sind als Partizipationspraktiken zu differenzieren. Ein reichweitenstarkes Hashtag verweist in der Regel auf ein in der Gesellschaft seit längerem vorhandenen Missstand, auf Benachteiligungen, Diskriminierungen, Verletzungen und die Unterdrückung von sozialen Gruppen. Es sei an dieser Stelle an den Tweet von Anne Wizorek und das Hashtag #aufschrei erinnert, dessen Reichweite und Anschlusskommunikation bei seinem Erscheinen in der Nacht vom 24. auf den 25. Januar 2013 keineswegs absehbar waren. Doch noch heute wird es insbesondere bei Twitter bemüht, um auf Sexismus im Alltag und auch speziell in Medien hinzuweisen. Das Teilen von persönlichen Geschichten und Erfahrungen in öffentlichen Sphären mit dem Ziel, eine Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft herbeizuführen, bezeichnet Sonja Vivienne (2016) als „everyday activism“. Wenngleich im deutschsprachigen Raum Twitter zurückhaltend genutzt wird, schaffen es dennoch immer wieder Hashtags in die so genannten Mainstreammedien. Gerade diese Spillover-Effekte tragen dazu bei, dass ein Thema auch das Agenda-Setting außerhalb des Netzes bestimmen kann.

*Memefizierung.* Das virale Internetphänomen hat sich ebenfalls wie das Hashtagging über die Jahre zum festen Bestandteil der Netzkultur etabliert. Es dient vornehmlich der Unterhaltung und kann zudem aber auch oftmals als politisches Bildhandeln verstanden werden (vgl. mit Bezug auf den Umgang Jugendlicher mit dieser Praxis u.a. Materna et al. 2021). Klassischerweise als Bilddatei formatiert mit Text ober- sowie unterhalb des Motivs wurden Memes als „transformative work/art“ populär. Als Beispiel wird hier die vom Swedischen Werberat als sexistisch eingestufte Stockfotografie „Distracted Boyfriend“ aus dem Jahr 2017 angeführt. Das Meme wird seit Jahren zu humoristischen, satirischen sowie politischen Zwecken genutzt und durch das gesamte Internet „gereicht“. Kritiker\*innen befürchten,

dass es sich dabei lediglich um selbstgefälligen „Slacktivismus“ handelt, gibt es den Kreativen doch lediglich das Gefühl, einen Beitrag zu einer Sache zu leisten, ersetzt es gleichzeitig aber eine intensivere politische Beteiligung, so wird behauptet. Doch nicht selten wird für die En- und Decodierung aber politisches Wissen vorausgesetzt. Insofern kann die Memefizierung als politische Partizipationsform interpretiert werden, die Menschen mitunter einen leichten Einstieg in die Politik ermöglicht. Sie trägt bisweilen dazu bei, eine politische Handlungsfähigkeit und Identität zu entwickeln, die in eine stärkere Beteiligung münden kann (vgl. u.a. Penney 2017).

*Kommentierungen.* Sie sind oben schon kurz angesprochen worden, leisten aber mehr, als allgemein angenommen wird. Kommentierende von Postings liefern gelegentlich Zusatzinformationen zu einem Ereignis respektive einem Konflikt, sie korrigieren Falsch-/Fehlinformationen, kuratieren, moderieren, verhindern oder forcieren Kommunikationsdynamiken (wie etwa Shitstorms, vgl. z.B. Hoffmann 2021), ermöglichen eine Gegenrede. Diese Akteure changieren zwischen den partizipativen und gerechtigkeitsorientierenden Citizen-Typen von Westheimer und Kahne (2004). Allerdings können sie sich in den digitalen Medienumgebungen, in denen die Publika weitgehend unbekannt und schwer einzuschätzen sind, auch angreifbar machen. So veranschaulichen Untersuchungen von Emilija Gagrčin et al. (2022), dass neben der individuellen Informationspflege, nicht alle, aber einige Bürger\*innen sich auch für den öffentlichen Online-Diskurs gemeinsam verantwortlich fühlen. Diskurspflege als normative Forderung ergibt sich aus der gemeinsamen Vorstellung, dass der öffentliche Diskurs in jedermanns Verantwortung liegt und dass ein funktionierender Diskurs eine Voraussetzung für die Meinungsbildung ist. Normen der Diskurspflege stehen im Einklang mit der Idee der Schaffung zugänglicher und rationaler Diskursbedingungen, wie es die deliberative Demokratietheorie einfordert (Habermas 1981).

*Social-Media-Influencing.* Social-Media-Influencer\*innen unterscheiden sich nicht nur nach Themenbereich, sondern auch nach Reichweite und Professionalisierungsgrad (Bause 2021, S. 299). Influencer\*innen mit einer Anzahl von über 2 Millionen Follower\*innen werden als Makro- oder Mega-Influencer\*innen bezeichnet, gleichwohl wird den so genannten Mikro-Influencer\*innen mit bis zu 10 000 Follower\*innen ein größerer Einfluss nachgesagt, da sie stärker mit ihrem Publikum interagieren (ebd., S. 299). Zu differenzieren sind Special- und Multiple-Issue-Influencer\*innen (Geimer und Hoffmann 2022): Der erste Typus fokussiert auf einen eingeschränkten Themenbereich, der zweite Typus erweitert anlass- und ereignisbezogen sein Themenrepertoire. Gerade in jüngster Zeit finden sich zunehmend Influencer\*innen, die politische Herausforderungen wie Nachhaltigkeit und Klimaschutz aufgreifen (vgl. Duckwitz 2019; Geimer und Hoffmann 2022). Insbesondere weibliche Influencer demonstrieren auf Bild- und Videoportalen kritische Konsumpraktiken, dokumentieren Praktiken wie das Containern (auch Mülltauchen, Dumpster Diving), womit sie ihre Follower\*innen ermutigen wollen, es ihnen gleich zu tun und damit politisch ein Zeichen gegen Lebensmittelverschwendung zu setzen (zur sozialen Praxis des Containerns siehe Grewe 2017). Um eine größere Reichweite zu erzielen, werden oftmals mehrere Plattformen für dasselbe Anliegen genutzt. Halina Bause (2021) vergleicht die politischen Social-Media-Influencer\*innen (PSMI) mit traditionellen Rollenkonzepten im Bereich von politischer Meinungsführerschaft. Sowohl politische Meinungsführer\*innen als auch PSMI sind grundsätzlich öffentliche Kommunikator\*innen, sie sind bemüht, sich „auf Grundlage (semi-)professioneller medialer Kommunikationsarbeit eine authentisch wirkende Personenmarke“ (ebd., S. 309) zu erarbeiten. Ihre Beiträge im Netz präsentieren bewusst ihre persönliche Sichtweise auf politische Geschehnisse. PSMI fungieren als themenspezifische Expert\*innen und werden zuweilen zu Vorbildern. Ihre Aktivitäten wie etwa die zeitaufwändige Beitragsproduktion zu politischen Themen, der Austausch mit Follower\*innen, die Akquise neuer Rezipient\*innen, Kooperationen, Vernetzungs- und Mobilisierungsbemühungen können als relativ neue Form politischen Engagements eingestuft werden, die in der Partizipationspyramide an der Spitze einzuordnen ist.

Kritisch soll hier abschließend angemerkt werden, dass politische Aktivitäten im Netz nicht nur im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf traditionelle politische Aktivitäten vor allem im Kontext sozialer Bewegungen zu bewerten sind. Für zahlreiche Organisationen und Institutionen ist die Meinungsäußerung der Bürger\*innen in welcher Form auch immer in den Sozialen Medien keineswegs nur eine persönliche Angelegenheit, sondern über das Teilen und Kommentieren von Postings kann eine immense Reichweite und Wirkmächtigkeit erzeugt werden. Obwohl jeder einzelne Akt des Postens, Verlinkens, Kommentierens und Likens aus der Nähe oftmals unbedeutend erscheinen mag, summieren sie sich auf der Makroebene zu nichts Geringerem als der vernetzten Verbreitung von Botschaften und Ideen (siehe auch Penney 2017). Es mag nach dieser sicherlich nicht vollständigen Aufzählung von Partizipationspraktiken den Anschein haben, dass diese singuläre, einsame Tätigkeiten in synthetischen Umgebungen sind, ohne konkrete Adressat\*innen und ohne feste Gruppenbezüge. Sie mögen als persönliche Ausdrucksform daher kommen mit einem fluiden, informellen Charakter. Das vermeintlich Fluide kann den Reiz des Handelns ausmachen, das aber letztlich keineswegs im abgesicherten Modus stattfindet, sondern immer auch riskant sein, negativ sanktioniert und verurteilt werden kann. Likes, Shares, Retweets können als Parainteraktionen betrachtet werden, als Kooperationen mit und ohne Konsens (Star 2004) von Individuen und Gruppen, die zunächst unbestimmt adressiert und deren Kommunikate system-/algorithmengesteuert distribuiert werden oder darüber überhaupt erst zustande gekommen sind. Partizipationsplattformen können von eher ansonsten stillen, marginalisierten, auch stigmatisierten Menschen genutzt werden, um sich eine Stimme zu verleihen, sich und andere zu „empowern“, sich über gemeinsame Interessen zu vernetzen und anerkannt zu machen.

## 2. Identitätskonstruktion und Sozialisationsrelevanz neuartiger Partizipationsformen

Menschen werden zu politischen Wesen, indem sie mit anderen im Austausch stehen und keine singulären, sondern kollektive Ziele verfolgen. Die verfolgten Ziele müssen dabei mit den Grundwerten einer demokratischen Gesellschaft im Einklang stehen. Die Gesellschaft hat ein Interesse daran, dass sich ihre Bürger\*innen mit der institutionellen Dimension von Politik („polity“) auseinandersetzen, dass sie um ihre politischen Handlungsspielräume wissen sowie generell ein Interesse an politischen Themen haben („policy“). Nur über eine aktive Auseinandersetzung mit dem politischen Geschehen kann sich ein Mitgestaltungswillen und eine Beteiligungsbereitschaft generieren („politics“) (siehe Rohe 1986 oder auch Hoffmann und Boehnke 2004). Wie oben ausgeführt, entwickelt sich eine politische Identität in verschiedenen Sozialisationskontexten. Die Konstruktion einer politischen Identität als eine Facette des Selbst ist eine wesentliche Entwicklungsaufgabe und besonders im Jugendalter bedeutsam, wenngleich politische Lernprozesse lebenslang relevant bleiben (vgl. Rippl et al. 2022, S. 87). Neben der Auseinandersetzung mit politischen Themen bedarf es dabei auch einer Kritik- und Urteilsfähigkeit, um politische Geschehnisse einordnen zu können, sich eine Meinung bilden und sich einbringen zu können. Menschen beteiligen sich in unterschiedlicher Weise und Intensität am gesellschaftspolitischen Geschehen, sind unterschiedlich ins Politische involviert und überhaupt unterschiedlich motiviert, politisch zu partizipieren. Für einige ist es selbstverständlich, sich politisch zu Wort zu melden und sich kontinuierlich zu engagieren, für andere wiederum eine lästige Pflicht und für noch andere eher nur eine Option, die sie temporär wahrnehmen.

Das Spektrum an politischen Beteiligungsformen ist prinzipiell äußerst breit. Es variiert von der Aneignung politisch relevanter Informationen bis hin zur aktiven, dauerhaften Teilhabe am politischen Geschehen. Ob und wie sich ein jeder oder eine jede politisch artikuliert, hängt von der Bereitschaft, Hal-

tung, von sozial-kommunikativen Fähigkeiten und in einer mediatisierten Gesellschaft ganz wesentlich von Medienkompetenzen ab (vgl. u.a. Kutscher 2021; Gapski et al. 2017). Für die politische Sozialisation sind in dem Zusammenhang folgende Medienpraktiken von grundlegender Bedeutung (Hoffmann 2017, S. 201f.):

*Wissensaneignung und Wissensmanagement.* Um sich zu bestimmten Sachverhalten und Konflikten verhalten zu können und gegebenenfalls für die Diskussion argumentativ gewappnet zu sein, wird ein effizientes Wissensmanagement benötigt, da Informationsangebote im Internet unübersichtlich sind. Informationen müssen verifiziert und autorisiert werden können. Abgesichertes Wissen ermöglicht wohl am ehesten in den Diskursarenen des Netzes eine politische Handlungsfähigkeit.

*Kooperation und Kollaboration.* Politisch handlungsfähig wird man in Netzwerken und Gemeinschaften, die man aufbauen muss oder in die man sich – sofern sie bereits bestehen – integrieren kann. Politisches Handeln ist kein Selbstzweck, erfordert Kenntnisse über Kooperationsmöglichkeiten und Vernetzungen mit Gleichgesinnten. Diese Vernetzungen stellen eine soziale Ressource dar, sie dienen der wechselseitigen Ermutigung und Bestärkung der Akteure in ihrem Handeln. Während Vergemeinschaftungen über und in Hashtag Publics informell sind, können Mitgliedschaften in Foren und Gruppen bei Messenger-Diensten die Ausbildung von kollektiven Identitäten fördern.

*Publizität und Reichweite:* Die Übernahme sozialer Verantwortung und Mitgestaltung der Gesellschaft setzt voraus, dass man sich in der medialen Öffentlichkeit Gehör verschafft, wobei die politischen Partizipationsformen für die Akteure eine „Passform“ haben müssen, um sich aussichtsreich verständlich machen zu können. Aktivitäten wie das Liken und Teilen von Inhalten (Bildern, Artikeln, Videos etc.) sowie das Unterschreiben einer Onlinepetition benötigen weniger Mut und Ressourcen, kognitives und emotionales Investment als ein Blogbeitrag oder ein Aufruf zur Teilnahme an einer Demonstration, ein offener Brief oder die Produktion und das Hochladen eines sozialkritischen Videos auf YouTube oder anderen Kanälen. Damit dieses politische Handeln als Anerkennungserfahrung „verbucht“ werden kann, bedarf es einer bestimmten Resonanz, d.h. nicht zuletzt wohl auch eine gewisse Reichweite.

Mhenni (2011) hat in ihrem Essay eindrücklich ihre Erfahrungen als politische Bloggerin während des „Arabischen Frühlings“ beschrieben und zudem Ansprüche an eine Netzkommunikation formuliert, die gleichberechtigte Teilhabe erlaubt. Um diese zu gewährleisten, benötigt es einer kontinuierlichen Mitarbeit vieler „Internauten“. Doch bisweilen sind es gerade junge Menschen, die verunsichert und überfordert sind mit der täglichen Flut an Nachrichten und widersprüchlichen Botschaften. Weiterhin beeinträchtigen Diskussionen um Mobbing, Hate Speech und Fake News und in jüngster Zeit Prognosen einer Polarisierung der Gesellschaft ihre politische Handlungsbereitschaft. Es bestehen Ängste, man könne selbst Falschmeldungen aufsitzen und bei ihrer Verbreitung unter Umständen bloßgestellt werden. Generell ist Netzkommunikation bei jüngeren Bevölkerungsgruppen mit einem Unbehagen verbunden, gerade wenn es darum geht, den eigenen politischen Standpunkt im Netz offensiv zu vertreten. Zuweilen könnte die geführte Debatte um den Schutz der Privatheit in den digitalen Öffentlichkeiten Grund für die Zurückhaltung sein. Oder aber es werden Nachteile in beruflicher Hinsicht befürchtet sowie ein Verlust an sozialer Anerkennung. So sind die Kommunikationsdynamiken in digitalen Mediumgebungen eben kaum berechenbar. Werden Texte, Bilder oder Videos in den Sozialen Medien kommuniziert, kann nicht per se von Zustimmung ausgegangen werden, sondern ist man immer auch potenziellen Anfeindungen ausgesetzt. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung von Lisa Villioth (2021) über das Engagement von Klimaaktivist\*innen, dass das permanente Weiterleiten und Teilen von politischen Inhalten und von Aufrufen von einigen Befragten als „missionarisch“ erlebt wird. Andere der von ihr Befragten äußern ihre Enttäuschung über eine ausbleibende Resonanz auf eigene Postings, sehen dann eher von dieser Partizipationsform ab. Die Vielzahl an Online-Petitionen wird zudem oftmals als ermüdend wahrgenommen und es besteht die Gefahr des Aufmerksamkeitsverlustes (ebd., S. 398f.).

Das Netz kann als informelles Setting für politisches Handeln betrachtet werden, das aber – wie beschrieben – unbestimmte Kommunikationsdynamiken entfalten kann. Es ist gegenwärtig (noch) als ein Spiel- und Übungsfeld für Demokratielernen und für die kollaborative Gestaltung politischer Diskurse zu betrachten. Im Kontext der Mobilisierung von Protest und der Vernetzung politisch Gleichgesinnter haben sich die Strukturen des Netzes nicht nur während des Arabischen Frühlings und der Klimastreiks bewährt. Hinsichtlich eines verständigungsorientierten Austausches und politisch konstruktiven Diskurses zeigen sich jedoch Limitierungen sowie Ausschlussmechanismen und zudem die Benachteiligung von Personen und bestimmten Gruppen. Gleichwohl stehen die hier genannten digitalen Partizipationspraktiken, so sie denn vollzogen werden (wollen), für die politische Sozialisation und Identitätskonstruktion wohl außer Frage, werden sie nicht nur über das „doing politics“, sondern auch über ein „Sich-Dazu-Verhalten“ relevant. Nicht zuletzt scheint eine separate Analyse von digitalen Partizipationspraktiken, losgelöst von sozialen Bezugspraktiken, in hybriden Lebenswelten in sozialisationstheoretischer Perspektive grundsätzlich wenig sinnvoll.

## Literatur

- Banaji, Shakuntala, and David Buckingham. 2013. *The Civic Web. Young People, the Internet and Civic Participation*. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press.
- Baringhorst, Sigrid. 2014. Internet und Protest. Zum Wandel von Organisationsformen und Handlungsrepertoires – ein Überblick. In *Internet/Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Hrsg. Kathrin Voss, 91–114. Wiesbaden: Springer VS.
- Bause, Halina. 2021. Politische Social-Media-Influencer als Meinungsführer? *Publizistik* 66:295–316.
- Bennett, W. Lance, and Alexandra Segerberg. 2012. The logic of connective action. *Information, Communication & Society* 15:739–768.
- Couldry, Nick. 2004. Theorising media as practice. *Social Semiotics* 14:115–132.
- Dang-Anh, Mark, Dorothee Meer und Eva Lia Wyss (Hrsg.). 2022. *Protest, Protestieren, Protestkommunikation*. Berlin/Boston: de Gruyter.
- Duckwitz, Amelie. 2019. *Influencer als digitale Meinungsführer*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/15736-20200702.pdf>
- Eckstein, Katharina, und Peter Noack. 2018. Politische Sozialisation. In *Handbuch Jugend. Psychologische Sichtweisen auf Veränderungen in der Adoleszenz*, Hrsg. Burkhard Gniewosz/Peter F. Titzmann, 371–387. Stuttgart: Kohlhammer.
- Gagrčin, Emilija, Pablo Porten-Cheé, Laura Leißner, Martin Emmer, and Louise Jørring. 2022. What Makes a Good Citizen Online? The Emergence of Discursive Citizenship Norms in Social Media Environments. *Social Media + Society* 8 <https://doi.org/10.1177/20563051221084297>
- Gapski, Harald, Monika Oberle, und Walter Staufer (Hrsg.) 2017. *Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Geimer, Linda, und Dagmar Hoffmann. 2022. Nachhaltigkeitspraktiken und kritischer Konsum – eine vergleichende Analyse von Visualisierungsstrategien auf Instagram und YouTube. In *It's all about Video. Visuelle Kommunikation im Bann bewegter Bilder*, Hrsg. Ulla Autenrieth und Cornelia Brantner, 85–108. Köln: Herbert von Halem.
- Grewe, Maria. 2017. *Teilen, Reparieren, Mülltauchen. Kulturelle Strategien im Umgang mit Knappheit und Überfluss*. Bielefeld: transcript.
- Habermas, Jürgen. 1981. *Theorie des kommunikativen Handelns, Band 1: Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung, Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Hauben, Michael, and Ronda Hauben. 1997. *Netizens: On the History and Impact of Usenet and the Internet*. Los Alamitos, California: IEEE Computer Society Press.
- Hoffmann, Dagmar. 2021. „Was sich alle wieder aufregen ...“ – Empörungskommunikation im Netz und die Sozialfigur des Empörers. In *Medienkultur als kritische Gesellschaftsanalyse. Festschrift für Rainer Winter*, Hrsg. Elena Pilipets und Matthias Wieser, 438–457. Köln: Herbert von Halem.
- Hoffmann, Dagmar. 2017. Politische Sozialisation unter Mediatisierungsbedingungen. In *Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung*, Hrsg. Harald Gapski, Monika Oberle und Walter Staufer, 197–206. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hoffmann, Dagmar, und Klaus Boehnke. 2004. Politische Sozialisation. In *Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*, Hrsg. Gert Sommer und Albert Fuchs, 169–181. Weinheim: Beltz.
- Kutscher, Nadia. 2021. Digitalität, Digitalisierung und Bildung. In *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie*, Hrsg. Ulrich Bauer, Uwe Bittlingmayer, und Albert Scherr, 1–17. Wiesbaden: Springer VS  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-31395-1\\_59-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-31395-1_59-1)
- Materna, Georg, Achim Lauber und Niels Brüggem. 2021. *Politisches Bildhandeln. Der Umgang Jugendlicher mit visuellen politischen, populistischen und extremistischen Inhalten in sozialen Medien*. München: kopaed.
- Meyer, Erik. 2019. *Zwischen Partizipation und Plattformisierung. Politische Kommunikation in der digitalen Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Campus.
- Mhenni, Lina Ben. 2011. *Vernetzt euch!* Berlin: Ullstein.
- Nassehi, Armin. 2020. *Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests*. Hamburg: kursbuch edition.
- Neidhardt, Friedhelm, und Dieter Rucht. 1993. Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. *Soziale Welt* 44:305–326.
- Penney, Joel. 2017. More than ‘slacktivism’: we dismiss the power of politics online at our peril.  
<https://theconversation.com/more-than-slacktivism-we-dismiss-the-power-of-politics-online-at-our-peril-79500>
- Rambukkana, Nathan (Hrsg.). 2015. *Hashtag Publics. The Power and Politics of Discursive Networks*. New York: Peter Lang.
- Reckwitz, Andreas. 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rippl, Susanne, Christian Seipel und Angela Kindervater. 2022. Politische Sozialisation. In *Politische Psychologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, 2. Auflage, Hrsg. Sonja Zmerli und Ofer Feldman, 83–102. Baden-Baden: Nomos.
- Ritzi, Claudia. 2019. Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In *Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*, Hrsg. Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzi und Wolf J. Schünemann, 61–82. Bielefeld: transcript.
- Rohe, Karl. 1986. Politikbegriffe. In *Handlexikon der Politikwissenschaft*, Hrsg. Wolfgang Mickel, 349–354. München: Ehrenwirth.
- Schachtner, Christina. 2016. *Das narrative Subjekt – Erzählen im Zeitalter des Internets*. Bielefeld: transcript.
- Soßdorf, Anna. 2016. *Zwischen Like-Button und Parteibuch. Die Rolle des Internets in der politischen Partizipation Jugendlicher*. Wiesbaden: VS.
- Star, Susan Leigh. 2004. Kooperation ohne Konsens in der Forschung: Die Dynamik der Schließung in offenen Systemen. In *Kooperation im Niemandsland. Neue Perspektiven auf Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik*, Hrsg. Jörg Strübing, Ingo Schulz-Schaeffer, Martin Meister und Jochen Gläser, 58–76, Opladen: Leske + Budrich.
- Tsenekidou, Maria. 2022. *Politische Sozialisation und soziale Kontrolle im digitalen Umbruch. Zu Transformationen politischer Subjektkonstitutionen im Spannungsverhältnis von Heteronomie und Autonomie aus politisch-psychologischer Perspektive*. Wiesbaden: Springer VS.
- Villioth, Lisa. 2021. *Protest-Aktivist\*innen der Umweltschutz-Bewegung im Netz und auf der Straße – Voraussetzungen und Motive für Partizipation*. Wiesbaden: Springer VS.

Vivienne, Sonja. 2016. *Digital Identity and Everyday Activism. Sharing Private Stories with Networked Publics*. Basingstoke, Hampshire, New York: Palgrave Macmillan.

Westheimer, Joel und Joseph Kahne. 2004. Educating the "Good" Citizen: Political Choices and Pedagogical Goals. *Political Science and Politics* 37:241–247.